

Berliner Tageblatt



Ar. 28

und Handels-Zeitung

Verleger: Dr. Richard Schöberl, Berlin, W. 9
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die nächsten „Verfehlungen und Sanktionen“.

Erhebung der Kohlensteuer in den besetzten Gebieten. — Kontrolle der Dominiälwälder. — Errichtung einer Zolllinie.

Weiterer Vormarsch im Ruhrgebiet.

„Wir liefern nicht, komme was wolle.“

Die neuen Drohungen Frankreichs.

(Telegramme unseres Sonderkorrespondenten.)

Paris, 17. Januar.

Ich hatte heute Gelegenheit, mit mehreren Persönlichkeiten des Ruhrgebietes zu sprechen. Eine führende Persönlichkeit des Bergbaues im Ruhrgebiet erklärte mir: „Unsere Parole ist kurz. Wir halten fest und tun unsere Pflicht im Interesse Deutschlands. Wir liefern nicht, komme was wolle.“ Die von dem Kommando der Besatzungstruppen eingerichteten Kontrollkommissionen zur Kontrolle des Kohlenverkehrs in Mülheim und Oberhausen sind wieder aufgegeben worden, da eine solche Maßnahme sich nicht als durchführbar erwiesen hat. Auf sämtlichen kleineren und größeren Bahnhöfen des Ruhrgebietes werden aber zurzeit Bureaus mit französischen Eisenbahnern eingerichtet, und man glaubt, daß die Kontrolle durch diese, aber noch einem anderen Plane wie zuerst beabsichtigt, durchgeführt werden soll. (Siehe auch Seite 2.)

Paris, 17. Januar. (D. Z. B.)

Die Agentur Havas berichtet über die nächsten Maßnahmen: Infolge der gestern festgestellten Verfehlungen Deutschlands bei den Kohlenlieferungen hätten sich die französische und die belgische Regierung entschlossen, sofort auf Konto der Alliierten die Kohlensteuer in den besetzten Gebieten zu erheben. Italien werde sich dieser Maßnahme anschließen. Weitere Sanktionen seien noch Gegenstand von Beratungen zwischen den drei Regierungen, und zwar infolge der zwei weiteren, von der Reparationskommission festgestellten Verfehlungen Deutschlands. Es käme vor allem die Kontrolle der Dominiälwälder in Betracht. Diese werde vorbereitet; ferner werde die Errichtung einer Zolllinie im Rheinland und um das Ruhrgebiet geprüft. Geheime haben zunächst sechs der Zechenbesitzer aus dem Bezirk Essen die Requisitionen erhalten, und zwar jeder einzeln. Weitere Requisitionsbefehle sollten gestern abgehen, so daß sämtliche Grubenbesitzer baldigst im Besitz der Requisitionsbefehle sein würden. Die Grubenbetriebe würden eingezwungen für die Lieferungen haltbar gemacht, das heißt, es werde ihnen mit dem Prozeß vor dem Rittbergergerichte gedroht.

Paris, 17. Januar.

Die Berichte aus dem Ruhrgebiet klingen bereits etwas weniger zurechtweisend als in den ersten Tagen der Besetzung. Die Kommentatoren der Pariser Zeitungen betonen noch immer die Notwendigkeit, daß das Unternehmen streng durchgeführt werden müsse. Aber die Ermahnungen der Schweregelehrten nehmen einen größeren Raum ein. Ferner schreibt in „Echo de Paris“: „Es gibt eine Sache, die sich hier entwickelt. Aber deren Charakter darf sich niemand Illusionen hingeben. Unser Unternehmen ist rechtlich und wirtschaftlich gesprochen eine Art Verdun. Eine lange Zeit wird noch vergehen, ehe sich Erfolge erkennen lassen. Aber in diesem Unternehmen müssen wir siegen, denn wir haben schließlich die Macht, das ganze deutsche Volk in Hunger und Elend zu bringen.“ Der Reporter des „Echo de Paris“, Marcel Guitten, hörte von einem Vertreter der Regierung folgendes: „Wir werden vielleicht noch schwere Tage zu überwinden haben, unsere Geduld und unser kaltes Blut werden auf die Probe gestellt werden. Nichts wird uns aufhalten. Unsere Generale und Techniker haben ihre Instruktionen. Unser fester Wille muß uns den Erfolg bringen.“

Aus den Stimmen der Zeitungskorrespondenten aus dem Ruhrgebiet geht hervor, daß die Zechenbesitzer fest geblieben sind, und daß die Lieferungen verweigern, obwohl der General-Devisenschein bei einer Preisbefreiung in Düsseldorf mit Requisitionen und bei fortgesetzter Drohung mit dem Kriegsgericht gedroht hat. Widerstand wurde nicht gebildet. Einer der tapferen deutschen Ingenieure sagte, nach französischer Bericht, gleich zur Erklärung: „Hier lasse ich mich einpferren, als daß ich Kohlen herausgebe.“

Man werden also, wie die Pariser Mäcker schreiben, die Requisitionen im großen Stil beginnen. Gestern, so wird gemeldet, seien 3000 Tonnen Kohle nach dem Westen transportiert worden. Von heute an sollen täglich 15 000 Tonnen an Kohle und ungetriggerte Kohlen geliefert werden. Außerdem werde von heute an eine Kohlensteuer erhoben. Es müsse auch für ein Notgeld und für die Ernährung gesorgt werden. Truppenwachposten seien notwendig, da, wie die Presse verkündet, das ganze Ruhrgebiet besetzt werde und neue Sanktionen bevorstünden: die Errichtung einer Zollgrenze im Rheinland und an der Ruhr und die Beschlagnahme staatlicher Wälder.

In einigen Blättern der Opposition, die heute etwas mutiger sind, wird die Ansicht ausgesprochen, es könne nicht viel helfen, wenn man Vertreter von Thyssen, Krupp, Stinnes und Gumbel vor das Kriegsgericht stelle, da es nicht möglich sei, der Herren selbst haltbar zu werden. Man dürfe nicht zu unklug sein, Märtyrer zu schaffen. Von praktischen Vorschlägen zur Entwirrung der Lage ist nur einer zu erwähnen, der auf die deutschen Erklärungen Bezug nimmt, die deutsche Regierung sei zu Verhandlungen bereit, aber nur zu Verhandlungen mit allen verbündeten Mächten. Der „Deure“ glaubt, daß hier ein Ausweg zu finden sei. Die Reparationskommission habe vor dem 31. Januar eine Antwort auf das

deutsche Gesuch um ein Moratorium zu erteilen. Es soll dem Rathe nicht ein Ultimatum mit dem Verlangen von Bandrückgaben und Änderungen von neuen Sanktionen gestellt werden, sondern man solle die Reichsregierung einladen, ihre Vorschläge vor dem Plenum der Reparationskommission vorzubringen, das die Gesamtheit der Verbündeten und Alliierten repräsentiert. Aus einer solchen Verhandlung würde mehr herauskommen, als aus den militärischen Operationen. Das Blatt vergißt, daß die Reparationskommission eine Maschine geworden ist, die lediglich zur Abstempelung der Pläne der französischen Politik dient.

Das „Echo de Paris“ sammelt Unterschriften für eine Petition, in der die Regierung aufgefordert werden soll, das deutsche Luftschiffmaterial als „Austauschleistung“ mit Beschlagnahme zu belegen. Deutschland soll keine Luftschiffahrt besitzen, ehe es nicht seine Schulden bezahlt hat. Frankreich müsse von dieser Sorge (1) freisetzt werden, dann könne es seine eigene Luftschiffahrt organisieren. Diese wünschenswerte Idee, die natürlich die französische Angst vor der deutschen Kontrurreise verort, könnte insofern übergangen werden, wenn nicht erstellte Posten, unter ihnen sogar Courcier und Zardire, sie durch Unterschriften an die „Chambre de Commerce“ unterstützen.

Vormarsch auf Münster.

(Telegramme unseres Sonderkorrespondenten.)

Paris, 17. Januar.

Die französischen Truppenbewegungen sind bis heute früh über Dortmund hinaus bis Herde fortgesetzt worden. Es scheint nun für heute ein kurzer Stillstand in den Bewegungen einzutreten. Wie ich aus gut unterrichteten Kreisen höre, will man den heutigen Tag abwarten und erst dann zu weiteren „Sanktionen“ schreiten, falls Deutschland heute nicht mit den Kohlenlieferungen beginnt. Während gestern im Ruhrgebiet 17 Transportzüge eingelaufen sind, sind für heute noch sieben größere Transporte gemeldet. Die Anforderungen neuer Transportzüge bei der Eisenbahndirektion Essen lassen darauf schließen, daß Vorbereitungen größeren Stiles seitens der Franzosen getroffen werden, um weitere Besetzungen vorzunehmen.

Die Forderungen der Besatzung machen sich im ganzen Ruhrgebiet schon sehr empfindlich bemerkbar. Die Wohnungsnot ist durch die Beschlagnahme zahlreicher Räume katastrophal. Der Schulunterricht mußte teilweise eingestellt werden, weil zahlreiche Schulen von den Besatzungstruppen besetzt sind. Vor allen Dingen ist aber eine kolossale Verteuerung der Lebenshaltung erfolgt. Die Verpflegung der Besatzungstruppen wird im allgemeinen aus französischen Heeresbeständen durchgeführt. Es haben aber auch schon bedeutende Aufkäufe an Lebensmitteln und Textilien stattgefunden. Die französische Besatzung verlangt, daß jede von ihr geforderte Menge von Waren in den Geschäften verabreicht werden muß.

Französische Eodmittel für Süddeutschland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Frankfurt a. M., 17. Januar.

Bei einer Fremdenbesuchung in Frankfurt im Besitze hielt der bayerische Arbeitsminister Dr. Engler eine Ansprache, in der er die interessante Tatsache mitteilte, daß Frankreich verschiedene süddeutsche Gebietsstellen eine bessere Kohlenlieferung in Aussicht gestellt habe. Unter letzterem Vorbehalt bestanden der Minister, wobei er diese einstellige Verabreichung ausgeklügelt, da sie anderen Bundesstaaten zum Nachteil gereichen würde. Heute, in einem Zeitpunkt drohender Fremdherrschaft, dürfe es keinen Partikularismus einzelner Bundesstaaten mehr geben. Mehr als je wolle die Idee des einigen deutschen Volkes im gemeinsamen deutschen Vaterland zur Geltung kommen.

Die ersten „Requisitionen“.

Geplante Verhaftung von „Geiseln“!

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 17. Januar.

Heber den Beginn der Requisitionen im Ruhrgebiet werden die Blätter: Ein Kohlenzug nach Bayern durfte nicht abfahren. Andere Kohlentransporte seien umgeladen und nach Wecken dirigiert worden. Die französischen Truppen haben die Eisenbahnlinie Dortmund-Herde besetzt. Das ganze Kohlengebiet soll abgesperrt werden, damit das nichtbesetzte Deutschland keine Ruhrkohlen erhalten könne. Die „Liberte“ ist mit dieser Maßnahme noch nicht zufrieden. Sie kündigt weitere Besetzungen an und verlangt, daß eine Anzahl von Grubenbetreibern und Kohlenmagazinen als Geiseln verhaftet werden, um, wenn französische Soldaten in Gefahr kommen sollten, mit ihrem Leben für alle von der Reparationskommission festgestellten Verfehlungen und für alle Schwierigkeiten zu haften, welche die Hartnäckigkeit (1) der Berliner Regierung noch machen kann. Der „Temps“ geht vorläufig noch nicht so weit, ermahnt aber die Regierung und das französische Volk, sich nicht durch anfängliche Mißgeschick und durch brohende Hindernisse absetzen zu lassen. Man würde an's Ziel kommen, wenn man sich um Einzelheiten nicht kümmern und sich durch wechselnde Einbrüche der ersten Tage nicht verwirren lasse.

Die wirtschaftlichen Rückwirkungen.

Frankreichs wirtschaftsministerielle Ziele. — Die Rede des Reichswirtschaftsministers. — Die Kohlenverteilung.

Gen.

Erich Dombrowski.

In dem Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, scheint der französische Vormarsch im Ruhrgebiet sich zu verlangsamen oder gar stillzulegen. Die Franzosen wollen den Zechenbesitzern noch eine letzte kurze Zeit geben, um sich den Lieferungsbedingungen zu fügen. Bergwerksbesitzer und Arbeitnehmer werden aber aller Wahrscheinlichkeit nach unbedeutend bleiben. Frankreich wird unisono auf ein Entleeren warten. Heute abend oder spätestens morgen früh werden die französischen Truppen also nach neuen Plänen greifen und weiteres, deutsches Gebiet überflutet werden. Die Bevölkerung der herangekommenen Städte und Landchaften hat sich bisher, trotz des Widerstandes seitens, heroisch gezeigt. Wir sind überzeugt, daß sich die Bevölkerung auch durch weitere Besatzungsgewalt nicht in ihren entschlossenen Ausdauer beirren lassen wird. Aber die französische Presse durchblättert, gewahrt, daß in den letzten vierundzwanzig Stunden sich die Gedanken über die Inmenschlichkeit der Verletzung langsam, wenn auch vorläufig nur vorübergehend, zu neuen beginnen. Gewiß, wir wollen das nicht übersehen. Aber das eine ist doch Tatsache, daß die militärische Expedition, die ursprünglich angeblich nur eine Sühneaktion sein sollte, sich allmählich wie ein Selbstzweck auszuweisen und den Charakter eines Feldzuges zu nehmen beginnt. Immer mehr Truppen, Behälter, Material an Holz und Kohle nach Deutschland herbeiführen. Der Behälter, der nach hier heran, die Kasse wird, das Material, das der Art voll noch kein Ende ab. Der Feldzug, der bisher erfolgreich, weil Deutschland die Wiedergutmachungsleistungen an Holz und Kohle nicht bis zum letzten Zwickelchen erfüllt hatte. In Zahlen unermesslich waren wir noch nicht mit dreißig Millionen Francs im Rückstand. Jetzt sind aber schon über zweitausend Mann französischer Soldaten im Ruhrgebiet, von denen jeder allein einen Sold von 2000 bis 3000 Francs kostet. Diese Besatzung kostet täglich Millionen, und ihr ungeheurer Aufwand geht in keinem Verhältnis zu den sogenannten Verfehlungen Deutschlands. Aber was tut? Poincaré wollte keine Vertreibung. Der Reichswirtschaftsminister hat gestern im Reichswirtschaftsrat in dieser Hinsicht auf eine unerwartete Tatsache aufmerksam gemacht: Deutschlands Verlust, die Kohlenlieferungen voll zu erfüllen, sei so weit gegangen, daß man in England Kohle kaufen und in Frankreich Gebieten wollte. Umsonst. Die französische Regierung hätte die Kohle, die sie wollte, „Verfehlungen“, um die Unterlage für ihre imperialistische Politik zu gewinnen.

Die letzten Ziele Frankreichs liegen eben auf ganz anderem Gebiet. Deutschland überall Glieder wegzureißen, es zu zerstören und zu vernichten. Deutschland soll wieder in einseitige Abhängigkeit versetzt werden, wie im Weltkrieg und wie im Tilsiter Frieden. Frankreich hofft dann dauernd den Weiten und Eiden, wie einst im Rheinlande, beherrschen zu können, und da eine reine Machtpolitik in den überblühten Staaten der Gegenwart, im Gegensatz zu früher, nicht denkbar ist ohne die entsprechende wirtschaftliche Grundlage, so soll ihm das rheinisch-westfälische Ruhrgebiet dazu dienen. Frankreich ist heute mit seinen ausgedehnten marktfähigen und alsbald lohnbringenden Erzeugnissen das reichste Land Europas. Was ihm fehlt, ist die Kohle, der Kraft für die Verhüttung. Darum auch der geringe Griff nach der westfälischen Zerkohle, die es ihm gestatten würde, künftig als größter Konsument Englands und Americas auf dem industriellen Weltmarkt zu erscheinen und das ganze Kontinentaleuropa hemmungslos zu beherrschen. Französische deutsche Wirtschaftspolitiker haben, auch an dieser Stelle, einen deutsch-französischen Zuananhangen auf industrieller Basis bereits seit langem das Wort geredet. Es hätte sich vielleicht auch, wenn niedriger Geschäftssinn und nicht wasserheller Eitelkeit in Paris vorhergehender gewesen wäre, im Zusammenhang mit der Reparationsfrage ein Ausweg finden lassen können. Verheißungsvolle Ansätze waren vorhanden. Nun ist all die mühsame wirtschaftspolitische und psychologische Vorarbeit dafür jäh junicht gemacht worden. Poincaré und die hinter ihm stehenden Wirtschaftspolitiker haben offenbar drei Absichten: Erstens die Reparationsforderungen als einen dauernden politischen Druck auf Weichenalter hinaus Deutschland gegenüber ausnutzen zu können. Zweitens die kapitalistische Durchdringung des rheinisch-westfälischen Kohlengebietes unter der Zerkohle, genau so wie im Saargebiet, gewaltsam zu erzwingen. Drittens den rheinisch-westfälischen Bufferstaat, über kurz oder lang, auf die Weine zu stellen und ihn ein von übrigen Reich losgelöstes Süddeutschland in loser Form anzugliedern. Darauf deuten auch die Verhinde der Franzosen, die sie in diesen Tagen gemacht haben, die süddeutschen Staaten bei der Kohlenlieferung ganz besonders zu bevorzugen. Die absolute Entwertung der deutschen Mark endlich soll die west- und süddeutsche Bevölkerung völlig an der wirtschaftlichen Wiede-